

Zeitung
der Schweizerischen
Friedensbewegung

Unsere Welt



Israelische Mauer auf palästinensischem Gebiet: Hier bei Qalqilya. Foto Pengon

Die Stellungnahme des Internationalen Gerichtshofs zur Mauer

Sicherheit und Menschenrechte

Die Mauer, die die israelische Regierung zur Zeit in den besetzten Gebieten einschliesslich Ost-Jerusalem baut, stellt keine Grenzanlage im klassischen Sinn dar; da sie ganz überwiegend nicht an der Grenze zwischen Israel und den besetzten Gebieten verläuft sondern sich immer wieder viele Kilometer tief in palästinensisches Gebiet erstreckt. Am 8. Dezember 2003 stellte die Vollversammlung der Vereinten Nationen einen simple Frage «Was sind die rechtlichen Konsequenzen, die sich aus dem Bau der Mauer ergeben?» und bat den Internationalen Gerichtshof (International Courts of Justice / ICJ) um eine rechtliche Stellungnahme. Der ICJ gab nun diese Stellungnahme ab und die Verantwortung für das weitere Vorgehen an die Staatengemeinschaft zurück.

Von Claudia Heydt (IMI)

Das Gericht hatte die Aufgabe zu klären, ob die Mauer entsprechend der Begründung der israelischen Regierung als notwendiger Schutzwall gegen den Terror zu werten ist oder ob der Bau und der Verlauf ein nicht akzeptabler Eingriff in die Rechte der palästinensischen Bevölkerung darstellt. Das Ergebnis überraschte wohl niemanden, die Deutlichkeit der Formulierung und die hohe Konsequenz der Anwendung völkerrechtlicher Grundsätze durchaus.

In der Antwort die am 9. Juli 2004 der Öffentlichkeit präsentiert wurde, stellt das Gericht klar, dass «Israel das Recht und sogar die Pflicht hat auf die zahlreichen und tödlichen Gewaltakte gegen seine zivile Bevölkerung zu reagieren, um das Leben seiner Bürger zu schützen ...». Doch diese Recht auf Selbstverteidigung ist nicht schrankenlos, denn «die getroffenen Massnahmen müssen in Konformität mit dem massgeblichen Bestimmungen des Völkerrechts bleiben.» Aus Sicht des ICJ ist der jetzige Verlauf der Mauer nicht die einzige Alternative

zum Schutz der israelischen Bevölkerung. Das Gericht «ist nicht überzeugt, dass der spezifische Verlauf den Israel für die Mauer gewählt hat, notwendig ist um seine Zielvorgaben bezüglich der Sicherheit zu erreichen.» Die Verletzung der Rechte der Palästinenser in den besetzten Gebieten und die Einschränkungen in ihrem alltäglichem Leben «können nicht mit militärischen Anforderungen oder durch nationale Sicherheit oder Öffentliche Ordnung begründet werden.» Alle Sicherheitsziele liessen sich auch durch eine Mauer entlang der Grenzen von vor 1967 («grüne Linie») erreichen und zum Schutz der Bewohner der (illegalen) israelischen Siedlungen in den besetzten Gebieten würden jeweils lokale Sicherungsanlagen den gleichen Schutz erreichen.

Völkerrechtswidrige Mauer
Der Bau der Mauer verletzt nach dem Urteil der Richter das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser, es verstösst gegen das Besatzungsrecht und die Menschenrechtsbestimmungen.

Als Folge dieser Einschätzung ist es nur konsequent wenn das Gericht mit

vierzehn zu einer Stimme festhält, dass «der Bau der Mauer ... dem Völkerrecht widerspricht.» Daraus folgt die Verpflichtung für die israelische Regierung diesen illegalen Zustand zu beenden. Israel «ist verpflichtet den Bau der Mauer in den besetzten palästinensischen Gebieten unverzüglich zu beenden.» Der bisher gebaute Teil der Mauer (sofern er nicht auf der tatsächlichen Grenze gebaut ist) muss «unverzüglich abgebaut werden». Darüber hinaus haben die geschädigten Palästinenser Anspruch auf Kompensation. «Israel ist verpflichtet Reparationen zu leisten für alle Schäden, die durch den Bau der Mauer entstanden sind ...».

Schon im Vorfeld der Befassung des ICJ mit der Mauer-Problematik tobte eine heftige Debatte darüber, ob der ICJ überhaupt die Kompetenz habe, sich mit dem Thema zu befassen. Leider haben neben USA und Israel auch Deutschland und die EU öffentlich erklärt (und dem Gericht zu Protokoll gegeben), dass ihrer Ansicht nach eine solche Anhörung der Lösung des Konfliktes nicht dienlich sei. Die Deutsche Regierung «argumentierte» u.a. damit, dass diese Anhörung eine Umsetzung der Road Map gefährde. Zur Mauer steht im Road Map Text allerdings kein einziges Wort – gleichzeitig ist es allen Beteiligten klar, dass die Existenz der Mauer eine Umsetzung der Road Map komplett unmöglich macht.

Schwerwiegender als die inhaltlichen Einwände gegen die Arbeit des

Fortsetzung Seite 2

Unsere Welt Schweizerische Friedensbewegung Postfach 2113, 4001 Basel	27. Jahrgang Nr. 3 – 2004 Solidaritätsbeitrag: Fr. 1.–
--	--

Aus dem Inhalt

US-Wahlen: Mit beiden Beinen fest in der Luft	2
US-Truppenreduktion in Europa: Qualitative Aufrüstung	3
Schweizer WILPF: Eine Bewegung entsteht	4
Resolution 1325 in die Tat umsetzen	5
Ungereimtes im Prozess gegen Milosevic	6
Gespräch mit einem somalischen Flüchtling	7
Atomwaffen: Bürgermeister mahnen	8

Stimmen zu den US-Wahlen

Nicht nochmal Bush!

Nicht nochmal Bush, nicht nochmal vier Jahre diese korrupte Regierungsclique in Washington! So denken Millionen Menschen in aller Welt, Millionen auch in den USA. Am 2. November heisst es: Bush oder Kerry.

Von Edith Ballantyne

Das Wahlsystem der USA ist nicht eben demokratisch. Der Präsident wird bekanntlich nicht direkt vom Volk, sondern vom Electoral College gewählt. Es ist zwar wichtig, die Mehrheit der Volksstimmen zu erzielen; aber um Präsident zu werden, braucht der Kandidat auch eine Mehrheit der einzelnen Staaten, und da sind diejenigen Staaten besonders wichtig, die eine grosse Zahl von Wahlmännern stellen. So ist es leicht möglich, dass ein Kandidat zwar eine Mehrheit der Volksstimmen, nicht aber des Electoral College erzielt. Das Electoral College besteht aus 538 Wahlmännern. Der Kandidat braucht also mindestens 270 Stimmen, um zum Präsidenten erklärt zu werden.

Es ist hinlänglich bekannt, dass Bush durch Wahlmanipulation an die Macht gekommen ist. Darum hat vor einigen Monaten eine Gruppe von US-Kongressabgeordneten von der UNO internationale Wahlbeobachter verlangt. Schliesslich hat die Bush-Administration Beobachter der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) akzeptiert. Diese Gruppe von über hundert Personen, unter der Leitung der Schweizer SP-Nationalrätin Barbara Haering, hat sich bereits an die Arbeit gemacht.

Warum versucht die nationale und internationale Friedensbewegung und die humanistisch gesinnte Öffentlichkeit mit allen ihr zur Verfügung ste-

henden Mitteln die Wahl Bushs zu verhindern? Obwohl die Gründe bekannt sind, möchte ich in Erinnerung rufen, um welch grundlegende, existentielle Fragen es geht.

- Unter Bushs Präsidentschaft wurde das mühsam errichtete Fundament der internationalen Zusammenarbeit unterhöhlt.
- Es wurde die schlimmste, bis anhin undenkbare Form des Krieges eingeführt: der Präventivkrieg.
- Der Terrorismus wurde dadurch nicht bekämpft, sondern gefördert.
- Der israelischen Regierung wurde carte blanche für den Vernichtungsfeldzug gegen die Palästinenser gegeben.
- Grundlegende Menschenrechte wurden schlicht und einfach ausser Kraft gesetzt.

Wenn es gelingt, Bushs Wahl zu verhindern, stellt sich die nächste Aufgabe: Druck auf die neue Regierung auszuüben, damit eine andere Politik durchgesetzt wird. Eine Politik, die das internationale Recht respektiert und die im Interesse der Bevölkerung Frieden, Gerechtigkeit und Umweltschutz fördert.

Die Stimmen in den USA für eine solche Politik werden immer stärker. Werden sie am 2. November ausreichen, um den Weg zum Weissen Haus für John Kerry zu öffnen? Wir hoffen es.

Edith Ballantyne ist US-Bürgerin und ehem. Generalsekretärin und Ex-Präsidentin der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit (WILPF).

Stimmen zu den US-Wahlen

Präsidentenkauf '04

Die Gründerväter der amerikanischen Demokratie hatten ihr neues System ehemals als «Regierung durch das Volk für das Volk» gelobt. Heute ist daraus eine «Regierung durch die Reichen für die Reichen» geworden.

Von Rainer Rupp

Während der letzten sechs Jahre hat das Pentagon Aufträge im Wert von 362 Milliarden Dollar direkt und ohne Ausschreibung an private Rüstungskonzerne vergeben. Von den Top 10 amerikanischen Rüstungsfirmen haben 9 mehr als die Hälfte ihrer Milliarden schweren Umsätze unter Umgehung des offenen Wettbewerbs mit solchen Direktaufträgen vom Pentagon gemacht, berichtet das «Center for Public Integrity» («Zentrum für Ehrlichkeit im öffentlichen Dienst») in Washington in seiner jüngsten Untersuchung. So wundert es nicht, dass neben Ölfirmen insbesondere die Rüstungskonzerne zu den wichtigsten Geldgebern für den Wahlkampf der Bush-Cheney Administration gehö-

ren. Ihnen hat schliesslich der Irak-Krieg mit bisher angehäuften Kosten von über 140 Milliarden Dollar zu einem unerwarteten Boom verholfen. Am stärksten verdient jedoch die mächtigste Wirtschaftsbranche der USA, die Finanzwirtschaft, von der neo-liberalen Globalisierung, die von jeder US-Regierung egal welcher Couleur voran getrieben wird. Folglich steht sie auch an erster Stelle der Wahlsponder für beide Kandidaten, wobei Bush deutlich bevorzugt wird.

Auf der Liste der zehn grössten Spender steht bei Bush der Finanzkonzern «Pricewaterhouse Coopers» mit bisher \$488 600 Dollar. Bei Kerry steht die stinkreiche private «Harvard University» mit 213 045 Dollar an der

Fortsetzung Seite 2

Fortsetzung von Seite 1

ICJ ist jedoch einmal mehr die weitere Unterhöhung der Bedeutung der demokratischen Elemente im Rahmen der Vereinten Nationen. Die Vollversammlung (in der jedes Land eine Stimme hat) besitzt im Gegensatz zum elitären (und wohl kaum demokratischen) Sicherheitsrat strukturell ohnehin wenige Machtmittel. Es ist aber ihr gutes Recht, den internationalen Gerichtshof bei allen Themen, die die Vollversammlung für wichtig hält, um eine (unverbindliche!) juristische Stellungnahme zu bitten. Selbst dieses Recht soll ihr nun von den reichen und einflussreichen Staaten abgesprochen werden. Der ICJ geht deswegen in seinem Gutachten ausführlich darauf ein, weshalb er das Recht hat, sich zu dem vorliegenden Thema zu äussern und dass es allein Sache der Vollversammlung ist, die Nützlichkeit des Gutachtens zu bewerten.



Israelische Mauer auf palästinensischem Gebiet bei Qalqilya

Bemerkenswert an der Stellungnahme ist, dass sie nicht nur Aufforderungen an den Staat Israel enthält sondern an «alle Staaten». Die Verantwortung für das Fortbestehen der illegalen Situation liegt also nicht allein in der betroffenen Region. «Alle Staaten sind verpflichtet, die illegale Situation, die durch den Bau der Mauer entstanden ist, nicht anzuerkennen». Dazu gehört auch das Verbot der Beihilfe, konkret darf kein Staat «dabei helfen, die illegale Situation aufrechtzuerhalten». Besonders in die Pflicht genommen werden die Unterzeichnerstaaten der 4. Genfer Konvention, sie haben die «Verpflichtung ...zu gewährleisten, dass Israel sich gemäss dem humanitären Völkerrecht ... verhält.»

Der Ball liegt nun wieder bei den Vereinten Nationen. Die Vollversammlung und der Sicherheitsrat sind aufgefordert, «zu erwägen, welche weiteren Aktionen nötig sind, um die illegale Situation zu beenden.»

Internationaler Druck oder Beihilfe?

Das Mauer-Urteil hat jedoch heftige Kritik bei der US-Regierung hervorgerufen und folglich ist kaum davon auszugehen, dass der Sicherheitsrat in absehbarer Zeit – oder zumindest nicht vor den US-Wahlen – handlungsfähig sein wird. Das Thema Israel und Palästina soll ganz offensichtlich kein Wahlkampfthema werden. Nicht nur die Bush-Regierung auch der US-Präsidentenskandidat John Kerry lehnte das Gutachten ab. Der «Zaun» sei eine legitime Antwort Israels auf den Terror erklärte Kerry am Rande einer Wahlkampfveranstaltung in West Virginia.

Unter solchen Rahmenbedingungen ist es von zentraler Bedeutung, dass wenigstens die Europäische Union als wichtiger Handels- und Kooperationspartner Israels die sorgfältig begründete Stellungnahme des Hauptrechtssprechungsorgans der Vereinten Nationen ernst nimmt. Beim Treffen der Europäischen Aussenminister in Brüssel am 13.7.2004 verlautete, der Beschluss des Gerichts müsse «sorgsam geprüft werden», eine klare und einstimmige Verurteilung der Mauer war nicht zu vernehmen. In wagen Andeutungen erklärte der niederländische Aussenminister Bernard Bot (die Niederlande hat zur Zeit die Ratspräsidentschaft inne), dass eine mangelnde Kooperationsbereitschaft Israels Konsequenzen haben könne. Bot teilte mit, «unsere Hilfe und Unterstützung für Israel muss Hand in Hand gehen mit politischem Dialog.» Doch damit hat er offensichtlich, den Cha-

Stimmen zu den US-Wahlen

Mit beiden Beinen fest in der Luft

John Forbes Kerry (60), der Senator mit den Kennedy-Initialen, ist bislang viele Beweise einer Alternative zum Kriegspräsidenten schuldig geblieben. Seinen Ruf der Rätselhaftigkeit hat er bestätigt: für die einen arroganter Opportunist, für die anderen empfindsamer Strategie.

Von Reiner Oschmann

An Profil hat es der hagere, hoch gewachsene Senator mit dem dichten, drahtigen Haupthaar (laut Wolfgang Koydl* entscheidende Mitgift für jeden USA-Präsidenten), dem langen rechteckigen Gesicht und den tief liegenden, traurigen Augen, der mehrere Sprachen spricht, bislang fehlen lassen. Inhaltlich ist die Ungewissheit über Kerrys Positionen neuen Zweifeln über seine Alternativkraft gewichen. Die Meinungslager scheinen diesmal früh fixiert, die Gruppe der unentschiedenen Wähler klein zu sein. Die Unzufriedenheit mit Bush ist wegen des Verlaufs des Irak-Kriegs stark gewachsen. Doch die Kritiker finden in Kerrys Person noch wenig Butter bei den Fischen. Dass er nicht Bush ist, wird ihm von vielen als grösstes, aber einziges Plus angerechnet.

Erhabene Unverbindlichkeit

Grundlage von Kerrys Kandidatur gegen Bush, schreiben drei Journalisten vom renommierten «Boston Globe» in ihrem Buch**, «war seine Biografie – der Vietnamheld, der nach Hause zurückgekehrt war und sich an die Spitze der Antikriegsbewegung gestellt hatte. Kerry sah aus wie ein zukünftiger Präsident, und er klang auch so. Zudem war er in der Aussenpolitik erfahren, in Kriegszeiten durchaus ein Vorteil.» Doch seine Botschaft blieb blass. Die Wahlplattform der Demokraten, ganz auf ihn zugeschnitten, betont ausdrücklich den Verzicht auf jede grundsätzliche Kontroverse zum Irak-Krieg. Kerrys Slogan «Mut, das Richtige zu tun», ist von so erhabener Unverbindlichkeit, dass er – Überraschung nach erfolgreicher Wahl vorbehalten – für eine Kehrtwende in der Kriegsfrage nicht heranzuziehen ist. Vielmehr gibt Kerry zu erkennen, dass er sich eines pfleglicheren Tons gegenüber USA-Verbündeten zum Thema Irak als zuletzt Bush bedienen, gleichzeitig jedoch den Druck auf die NATO-Alliierten steigern werde, damit diese sich am Scherbengericht in Mittelost beteiligen.

Heisst das, zwischen Bush und Kerry ein Gleichheitszeichen zu setzen? Gewiss nicht. In der Gesundheits- und Haushaltspolitik, der Umwelt- und Bürgerrechtspolitik würde ein 44. USA-Präsident namens Kerry mit Sicherheit bürgerfreundlichere Schwerpunkte setzen als der Amtsinhaber. Auch die Steuerpolitik Bushs, die aufs Ungenierteste den Reichsten der Reichen Gunst erweist, könnte korrigiert werden. Kerry ist im Unterschied zu Bush Gegner der Todesstrafe (Terroristen ausgenommen). Er ist für die Selbstbestimmung der Frau bei Schwangerschaftsunterbrechungen, für die Beseitigung von Diskriminierungen gegen Homosexuelle und für striktere Schusswaffenkontrollen.

Ein Kongressabgeordneter der Demokraten, der im Interesse einer offeneren Antwort in der Sache darum bat, seinen Namen nicht zu nennen, sagte auf Anfrage, Kerry habe eine Fifty-Fifty-Chance: «Das Wahlergebnis kann davon abhängen, was die Wähler am Wahltag für die entscheidenden Themen halten: Wenn sie über Wirtschaft oder Gesundheitsversorgung abstimmen, wird Kerry im Vorteil sein. Wenn sie die Wahl für eine

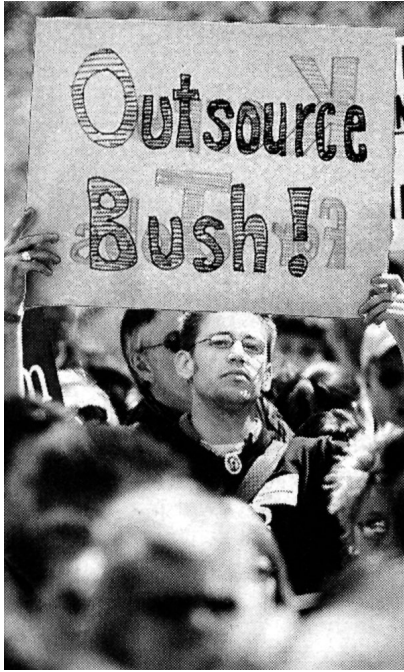
Abstimmung in Kriegszeiten halten, könnten sie mehrheitlich Bush unterstützen, weil in Kriegszeiten der Amtsinhaber einen Extra-Bonus hat.»

Trotz widersprüchlicher Haltung Kerrys in der Vergangenheit gibt es in der Frage Krieg und Frieden Anzeichen für grösseres Augenmass und Zurückhaltung als bei Bush. Sie haben nicht zuletzt mit Kerrys Kriegserlebnis in Vietnam zu tun. Als Twen und Yale-Student bewarb er sich unter dem Eindruck des von ihm damals angehimmelten John F. Kennedy und dessen Amtseinführungsaappell – «Meine amerikanischen Mitbürger, fragt nicht, was euer Land für euch tun kann – fragt, was ihr für euer Land tun könnt.» – freiwillig zum Offiziersdienst in Vietnam. Er tötete dort, rettete Verwundete unter Einsatz seines Lebens, erhielt selbst drei Verwundeten- und zwei Tapferkeitsmedaillen – und wurde zum Kriegsgegner.

Kerrys 3-Positionen-Regel

Seinen Protest äusserte er zivil, nicht militant, mit langem Haar und langen Reden. 1971 entsorgte er öffentlich seine Ordensbänder, nicht jedoch die Orden selbst (!). Im selben Frühling fragte der junge Vietnamkriegsveteran bei einer Senatsanhörung in seiner Anklagerede, die Präsident Nixon zu Diffamierungsmassnahmen und Kerry selbst zum Beginn seiner politischen Laufbahn bewog: «Wie können Sie von einem Mann verlangen, als Letzter für einen grossen Irrtum zu sterben?»

Das ist ein Mann, der mit George W. Bush nicht zu vergleichen, geschwe-



ge gleichzusetzen ist. Gemeinsame Auftritte auf Antikriegskundgebungen mit Jane Fonda oder John Lennon sind für Kerry dokumentiert, aber nicht mal für den jungen Bush stellbar.

Dennoch: Kerry-Gegner werfen ihm nicht zu Unrecht vor, er vertrete stets drei Positionen zu einer Sache: eine für, eine gegen und eine, die noch in Arbeit ist. Dieser Vorwurf ist durch sein Abstimmverhalten im Senat oft belegt, begründet seinen Ruf als Wendehals in Kritikerkreisen und manchen Angriff der Gegenseite im Wahlkampf. Dennoch wäre es falsch, Kerrys Drei-Positionen-Regel nicht auch als Hinweis auf seine Fähigkeit zu sehen, Urteile zu überdenken. Nur selten sind Revisionisten jene Reaktionenäre, als die sie gedemütigt oder gelyncht wurden.

In den Fernsehduellen mit Bush (nach Redaktionsschluss) wird für Kerry vieles davon abhängen, ob und wie er als Wahlkämpfer die Punkte, die er machen will, auf den Punkt bringt. John Kerry ist – auch nach seiner Prostata-Krebs-Operation im vorigen Jahr – ein begnadeter und begeisterter Extremsportler. Er kann surfen und Flugzeuge steuern, Drachenfliegen, Neruda und Shakespeare zitieren und «Le Monde» lesen. Doch ihm «gelingt es nicht, auch nur den einfachsten Sachverhalt einfach auszudrücken» (Wolfgang Koydl). Seine Wortungeheuer und Satzungetüme sind bei Freund gefürchtet und bei Feind geliebt. Sie haben den britischen «Economist» beobachten lassen, dass bei Kerrys Reden «auch die Vögel ins Koma fallen» und David Brooks von der «New York Times» das Beileid abgerungen: «Hundert bestens ausgebildeter Höhlenforscher stiegen auf der Suche nach einer Bedeutung ins Dunkel seiner Reden hinab, aber keiner von ihnen kehrte lebend zurück.» Schwammigkeit also könnte Kerrys grösstes Problem in den nächsten Tagen werden – und ihm schmerzhaft verdeutlichen, dass er dem typischen Erz-Liberalen entspricht: mit beiden Beinen fest in der Luft.

(Gekürzt aus: Neues Deutschland ND)
*) Wolfgang Koydl: «John Kerry – Eine neue Politik der Weltmacht USA?», S. Fischer Verlag, Frankfurt/Main, 2004, 206 S., 7,90 EUR
)*) Michael Kranish, Brian C. Mooney, Nina J. Easton: «John Kerry – Der Herausforderer», Rowohlt Berlin, 2004, 335 S., 19,90 EUR

Fortsetzung von Seite 1

Spitze. Interessant ist, dass Wallstreet gerne sein Risiko absichert und etliche Finanzkonzerne gleich beide Präsidentenskandidaten unterstützen, wobei sie bei Bush etwas grosszügiger sind. So finden wir unter den Top 10 der Spender für Bush und Kerry an vier Positionen jeweils die Namen derselben Finanzkonzerne: «Morgan Stanley Dean Witter & Co.» mit \$ 486 125 auf Platz zwei bei Bush und mit \$ 100 204 bei Kerry auf Platz zehn. Umgekehrt steht der Bankkonzern Citigroup mit \$169 254 auf Platz zwei von Kerry und mit 246 645 auf Platz zehn von Bush. Auch die UBS AG Inc und die Goldman Sachs Group haben sowohl für Bush und Kerry gegeben, mit Vorteil für Bush, was die Favisierung Bushs durch die Finanzwirtschaft deutlich macht.

Dabei sind die Präsidentenskandidaten der Republikaner und Demokraten samt ihrer jeweiligen Vizepräsidenten alle Multimillionäre. Aber ein US-Wahlgesetz verbietet ihnen, mehr als \$50 000 von ihrem eigenen Geld für den Wahlkampf einzusetzen. Das soll verhindern, dass ein superreicher Kandidat sich die Wahl einfach kaufen kann... Aber die Clique der Superreichen sorgt schon dafür, dass einer der Ihren das Rennen macht, egal welcher Partei er angehört. Auf der Reichtumsskala stehen Kerry und seine Frau Teresa Heinz Kerry mit einem Vermögen von 747 Millionen Dollar an erster Stelle, von denen Kerry jedoch nur 14,8 Millionen allein zu gehören scheinen. Den Rest besitzt seine Frau, die mir dem verstorbenen Eigentümer des Heinz-Ketchup-Imperiums verheiratet war. An zweiter Stelle kommen Richard Cheney und seine Frau Lynn, die gemeinsam über 111,2 Millionen Dollar verfügen. Kerrys Vize John Edwards nennt 44,6 Millionen und Präsident Bush 18,9 Millionen Dollar sein eigen. Alle haben ein Jahreseinkommen von mindestens 400 000 Dollar. Selbst der «alternative» Kandidat der marginalen dritten Partei Ralph Nader hat bereits ein Vermögen von 4,9 Million angehäuft und allein im letzten Jahr eine halbe Million Dollar verdient.

Der «Abzug» aus Europa – Kein Grund zum Feiern

Qualitative Aufrüstung

Obwohl auch andere Motive eine Rolle gespielt haben dürften, geht es Washington beim angekündigten Truppenabbau in Europa im Wesentlichen darum, die Tauglichkeit der amerikanischen Truppen in Europa und anderswo für die Präventivkriegsstrategie der Bush-Doktrin zu erhöhen. Hintergrund ist die Absicht, das US-Militär künftig als «Systemadministrator» und Stabilitätsgarant des neoliberalen Systems fungieren zu lassen.

Von Jürgen Wagner

Bereits kurz nach Amtsantritt erteilte US-Präsident George W. Bush seinem Verteidigungsminister Donald Rumsfeld den Auftrag, das US-amerikanische Militär einer umfangreichen Umstrukturierung zu unterziehen. Seine Vorgaben, was damit erreicht werden sollte, waren recht unmissverständlich: Es solle künftig «schneller» und damit «leichter einsetzbar» sein, sowie insgesamt «präziser» und damit letztlich auch «tödlicher» werden.

Die seither in Planung befindlichen und teils bereits begonnenen «umfangreichsten Änderungen der amerikanischen Truppenzusammensetzung im Ausland im letzten halben Jahrhundert» wurden von Bush am 16. August in einer Rede vor Veteranen in Cincinnati auch offiziell verkündet: «Im nächsten Jahrzehnt werden wir eine schnellere und flexiblere Truppe einsetzen, was bedeutet, dass mehr unserer Truppen zu Hause stationiert sein werden. Wir werden einige unserer Truppen und Kapazitäten an neuen Orten stationieren damit sie schnell gegen unerwartete Gefahren angehen können.»

Insgesamt sollen 60 – 70 000 Soldaten, grösstenteils aus Deutschland, in die USA zurückbeordert werden. Obwohl hiermit von den ca. 70 000 in Deutschland stationierten US-Soldaten etwa 30 000 abgezogen werden, ist dies leider kein Grund zum Feiern. Denn die beiden betroffenen Divisionen sind aufgrund ihrer schweren Bewaffnung und langen Verlegungszeiten strukturell nicht für die von der US-Regierung anvisierten globalen Interventionskriege geeignet. Deswegen werden sie auch keineswegs ersatzlos gestrichen, sondern durch drei schnell stationierbare und hochflexible Brigaden mit jeweils zwischen 3 000 und 5 000 Soldaten ersetzt, die hierfür weitaus besser vorbereitet sind. Dabei handelt es sich um eine Panzer- und eine Fallschirmbrigade, sowie eine noch nicht näher spezifizierte Einheit.

Obwohl auch andere Motive eine Rolle gespielt haben dürften, geht es Washington im Wesentlichen darum, die Tauglichkeit der amerikanischen Truppen in Europa und anderswo für die Präventivkriegsstrategie der Bush-Doktrin zu erhöhen. Hintergrund ist die Absicht, das US-Militär künftig als «Systemadministrator» und Stabilitätsgarant des neoliberalen Systems fungieren zu lassen, weshalb Markus Pflüger von der Trierer Arbeitsgemeinschaft Frieden richtigerweise betont: «Die aktuelle Umstrukturierung des US-Militärs ist leider keine Abrüstung, sondern eine qualitative Aufrüstung hin zu flexibleren Strukturen für weitere weltweite Kriegeinsätze.»

Das US-Militär als «Systemadministrator»

Der gegenwärtig einflussreichste Vordenker US-amerikanischer Militärplanung ist der Pentagon-Berater und Professor am Naval War College, Thomas P. Barnett. Er vertritt, analog zur amerikanischen Sicherheitsstrategie, die Auffassung, die grösste Bedrohung für die Vereinigten Staaten gehe von einer so genannten Bedrohungstriade, bestehend aus der Zunahme des Terrorismus, der Verbreitung von Massenvernichtungsmitteln und dem Scheitern staatlicher Systeme aus. Diese Gefahren würden

überall dort auftreten, wo sich Länder westlichen Ordnungsvorstellungen widersetzen. Deshalb sei es die Aufgabe des US-Militärs, der «Nichtintegrierten Lücke», den Staaten, die sich nicht in das Schema neoliberaler Globalisierung einpassen (lassen), zu verdeutlichen, dass die USA nicht gewillt sind, dies zu tolerieren: «Verliert ein Land gegen die Globalisierung oder weist es viele Globalisierungsfortschritte zurück, besteht eine ungleich höhere Chance, dass die Vereinigten Staaten irgendwann Truppen entsenden werden. [...] Umgekehrt gilt: Funktioniert ein Land halbwegs im Rahmen der Globalisierung, dann sehen wir in der Regel keine Veranlassung, unsere Truppen zu schicken, um für Ordnung zu sorgen, oder eine Bedrohung zu beseitigen.» (Thomas Barnett, Die neue Weltkarte des Pentagon, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 5/2003, S. 554-564)

Sein Vorgesetzter Arthur Cebrowski, der von Verteidigungsminister Rumsfeld als Chef des Office of Force Transformation mit der Umstrukturierung des amerikanischen Militärs beauftragt wurde, wird hierzu noch deutlicher und zeigt, dass diese Bedrohungsanalyse direkt in die amerikanische Militärplanung einfließt: «Es gibt viele Nationen, die innerhalb der Globalisierung funktionieren. Das sind die Staaten, die die Regeln akzeptieren», so Cebrowski. «Wer die Globalisierung bekämpft, wer die Regeln zurückweist [...] wird möglicherweise das Interesse des amerikanischen Verteidigungsministeriums auf sich ziehen.» (Arthur Cebrowski, Speech to the Heritage Foundation, 13.5.2003). Für ihn müsse das US-Militär folgerichtig künftig als «Systemadministrator» der Globalisierung fungieren. Konsequenterweise sind amerikanische Soldaten für Cebrowski «Erzwinger» (enforcer), die «die Normen internationalen Verhaltens durchsetzen.»

Dabei geht es eben nicht nur um die Kontrolle wichtiger Ressourcen, obwohl diese eine wichtige Triebfeder amerikanischer Militärpolitik darstellt. Wer ernsthaft den Anspruch auf die Führung der Welt erheben will, muss für die Stabilität der dieser Hegemonie zugrunde liegenden Ordnung – das neoliberale Wirtschaftssystem – sorgen. In gleichem Masse, wie die von diesem System permanent produzierte Konflikte und Krisen immer weiter zunehmen, erhöht sich auch die Notwendigkeit, immer schneller und häufiger militärisch auf Konflikte in den Grauzonen der Globalisierung zu reagieren.

«Alles geht überall hin»

Das Ziel, die von den USA aufoktrozierte neoliberale Weltwirtschaftsordnung durchzusetzen und abzusichern, bestimmt demzufolge auch die gegenwärtige Transformation der US-Streitkräfte.

Grundsätzlich beabsichtigt Washington künftig seine Truppen so nah wie möglich an potenziellen Einsatzorten zu stationieren. Damit wurde bereits im Rahmen des «Kriegs gegen den Terror» begonnen, indem sich seither US-amerikanisches Militär erstmals in Zentralasien (Usbekistan) und im Kaukasus (Militärberater in Georgien) festgesetzt hat. Zudem wurde die Präsenz sowohl in Afghanistan, und natürlich im Irak, sowie in anderen Ländern des Mittleren Ostens

und Teilen Ostasiens massiv ausgeweitet.

Neben der Errichtung grosser Basen (Main Operating Sites – MOB) wie etwa denen im Irak, werden künftig zahlreiche kleinere Militärbasen, so genannte «lily pads», eine immer grössere Rolle spielen. Einer hohen Pentagonquelle zufolge sei es das Ziel, «ein Netzwerk kleiner Basen» zu errichten, die «als Sprungbrett dienen, US-Militär schnell und heimlich in künftige Konfliktgebiete verlagern zu können.» (Ralph A Cossa, US military in East Asia: Winds of change, Asia Times, 04.06.03.) Diese Basen verfügen über eine geringe Besetzung, aber ausreichend Kapazitäten für einen schnellen Ausbau im Bedarfsfall, weshalb sich hierfür Häfen und Flughäfen besonders eignen. Derzeit plant das Pentagon z.B., sechs solcher Basen in Afrika zu errichten.

Die lily pads sollen es Washington also ermöglichen seine in Europa stationierten Truppen im Bedarfsfall deutlich schneller vor Ort einsetzen zu können als bisher. Der Abzug der schweren Panzer- und Infanteriedivisionen folgt auch hier der amerikanischen Interventionslogik und hat selbstredend nichts mit Abrüstung gemein.

«Alles geht überall hin» fasst Douglas Feith, Nummer drei im Pentagon, die amerikanischen Pläne zusammen. Entscheidend ist die aggressiv-interventionistische Stoßrichtung die sich hinter dem Ganzen verbirgt: «Die strategische Funktion der Basen ändert sich damit fundamental. Sie besteht nicht mehr darin, das Gastland zu verteidigen, sondern die Standorte dienen als Sprungbrett für Militärinterventionen in Drittländern.» (Gerhard Piper, US-Kasernen auf Wanderschaft, in: ami, 7-8/2003, S. 47-56, S. 55f.)

Insgesamt muss man diesen Plänen bescheinigen, dass sie – immanent gedacht – durchaus Sinn machen. Sie sind die logische Schlussfolgerung aus den Bedrohungsanalysen von Barnett und Cebrowski. Da beide in der Weigerung, den Spielregeln neoliberaler Globalisierung zu gehorchen, die Ursachen für das Scheitern von Staaten und das Anwachsen des Terrorismus erblicken, wird die militärische Verbreitung und Absicherung dieses Systems zu einem sicherheitspolitischen Imperativ.

Wer auf die Ausbeutung der Dritten Welt nicht verzichten will, der ist tatsächlich gezwungen, die hierdurch verursachten Konflikte mit immer mehr militärischen Kräften auf möglichst niedrigem Niveau zu halten. Diese Entscheidung ist gemeint, wenn man vom US-Militär als «Systemadministrator» spricht. Sie stellt darüber hinaus auch gleichzeitig – allen Rivalitäten zum trotz – einen Interessenverbund zwischen Europa und den USA dar, die beide ein Interesse haben sich auch künftig auf Kosten des Südens schamlos zu bereichern.

Gekürzt aus:
Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V.; <http://www.imi-online.de>



Paramilitärische Gendarmerietruppe für die EU
EU möchte auch...

Zusätzlich zu der schon «einsatzbereit» gemeldeten militärischen Eingreiftruppe der EU soll nun eine schnell verfügbare und weltweit einsetzbare EU-Gendarmerietruppe aufgebaut werden. Das ist das Ergebnis einer Tagung der 25 EU-«Verteidigungsminister» am 16./17. September im niederländischen Ba-deort Noordwijk. Ausserdem vereinbarten sie eine beschleunigte Aufstellung der sogenannten «Battlegroups» («Kampfgruppen») für den rascheren militärischen Einsatz von EU-Streitkräften.

Von Georg Polikeit

Die neue EU-Gendarmerietruppe soll, wie es in einer in Noordwijk unterzeichneten «Absichtserklärung» wörtlich heisst, eine «Polizeitruppe mit militärischem Status» sein, die «Aufgaben im gesamten Spektrum von Polizeimissionen ausführen» kann. Besonders geeignet sein soll sie jedoch «für den Einsatz während oder unmittelbar nach einer militärischen Operation», vor allem «in Situationen, wo lokale Polizeikräfte nicht ausreichend zur Verfügung stehen». Ausserdem soll sie auch bei «Operationen zur Unterstützung des Kampfes gegen organisierte Kriminalität und für den Schutz von Teilnehmern an zivilen Missionen» in allen Ländern innerhalb wie ausserhalb der EU eingesetzt werden können, und zwar nicht nur im Auftrag der EU, sondern auch der UNO, der NATO oder der OSZE.

Die «Absichtserklärung» wurde in Noordwijk zunächst nur von fünf EU-Staaten, nämlich Frankreich, Italien, Spanien, Portugal und den Niederlanden unterzeichnet. Die anderen zwanzig EU-Staaten können sich aber daran beteiligen, wenn sie Polizeieinheiten mit entsprechenden «Fähigkeiten» zur Verfügung stellen können.

Das Vorhaben geht auf einen Vorschlag der französischen Verteidigungsministerin Alliot-Marie im Jahre 2003 zurück. Bei der jetzigen Präsentation des Plans auf der Pressekonferenz in Noordwijk, an der neben ihr auch EU-Generalsekretär Solana und der deutsche Minister Struck teilnahmen, verwies Frau Alliot-Marie als mögliche Einsatzbeispiele auf Situationen wie in Bosnien, dem Kosovo oder der Elfenbeinküste (!). Das Hauptquartier der neuen paramilitärischen EU-Gendarmerietruppe soll bis Frühjahr 2005 in der norditalienischen Stadt Vicenza eingerichtet werden. Ihr erster Kommandeur soll ein Franzose werden. Geplant ist eine «Kerntruppe» von 800-900 «Polizisten», die entsprechend spezialisiert,

«gut bewaffnet» und vor allem innerhalb von Tagen einsetzbar sind, sowie ein «Pool» von weiteren 2 300 Mann «in Bereitschaft» für spätere Verstärkungen. Bis Ende 2005 soll die gesamte Truppe einsatzfähig sein.

Gleichzeitig verständigten sich die EU-Verteidigungsminister in Noordwijk darauf, die militärische Interventionsfähigkeit der EU rasch weiter auszubauen. Insbesondere sollen die noch bestehenden «Lücken» bei der Ausstattung der 30 000 Mann starken EU-Eingreiftruppe gemäss den «Helsinki-Zielen» schnell geschlossen und eine «Vereinbarung über die militärstrategischen Planungsannahmen» und «entsprechende illustrative Szenarien» ausgearbeitet werden. Vor allem aber einigten sich die Minister darauf, die Aufstellung von «Battlegroups» voranzutreiben. Dabei handelt es sich um innerhalb von wenigen Tagen schnell verlegbaren EU-Kampfeinheiten in Bataillonsstärke (1500 Mann). Die «Battlegroups» sollen nach den Vereinbarungen von Noordwijk im Jahr 2005 ihre «operationelle Anfangs-Einsatzfähigkeit» erreichen, und parallel dazu sollen die EU-Staaten ihre «Anfangsverpflichtungen für die volle Operationsfähigkeit ab 2007» vorlegen. Laut dem niederländischen Verteidigungsminister Kamp auf der Pressekonferenz, der Vorsitzender der Ministerkonferenz war, sind auch solche Battlegroups «in Reichweite». Zur weiteren Konkretisierung wird im November eine weitere Konferenz der EU-Staaten zur Festlegung ihrer konkreten militärischen «Verpflichtungen» («Military Capability Commitment Conference») abgehalten. Im Oktober ist eine «Konferenz der EU-Präsidentschaft über internationale militärische Zusammenarbeit» vorgesehen.

Als eine gewisse Neuerung wurde hervorgehoben, dass sich die Verteidigungsminister in Noordwijk darauf verständigt haben, die «Battlegroups» nicht nur aus Kampfeinheiten der grossen EU-Staaten Deutschland, Frankreich, Grossbritannien usw. zu bilden. Es sei nötig, sowohl «kohärente und effektive Truppenpakete» zusammenzustellen als auch «kleinere Nationen mit Nischen-Kapazitäten an Bord zu bringen», hiess es in der entsprechenden Pressemitteilung der EU. Auch eine «Harmonisierung» der EU-Battlegroups mit den «schnellen Eingreiftruppen» der NATO ist vorgesehen. Eine erste Vereinbarung über die Bildung einer «Battlegroup» wurde zwischen Deutschland und den Niederlanden unterzeichnet. (UZ)

Ihre Spende

liebe Leserin, lieber Leser,
macht die Herausgabe dieser Zeitung erst möglich.

Schweizerische Friedensbewegung (SFB),
4001 Basel, PC 40-1627-7.
Herzlichen Dank!

Die «Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit» in der Schweiz

Eine Bewegung entsteht

Die WILPF (Women's International League for Peace and Freedom) ist die erste pazifistische Frauenorganisation überhaupt. Sie wurde 1915 in Den Haag gegründet, mitten im 1. Weltkrieg, um gegen das Blutvergiesen zu protestieren und auf ein baldiges Ende des Krieges hinzuwirken. Die Initiative dazu ging von führenden Persönlichkeiten der Frauenstimmrechtsbewegung aus. Seit dem Gründungsjahr der WILPF gibt es auch eine Schweizer Sektion. Die Zürcher Historikerin Irene Willi zeichnet deren Weg nach.

Von Irene Willi

Die WILPF ist als Teil der weiblichen Emanzipationsbewegungen des 20. Jahrhunderts zu verstehen. Es ging also nie nur um Frieden, sondern von Anfang an auch um den Anspruch auf soziale Gerechtigkeit. 1926 zählte die WILPF etwa 50 000 Mitglieder und war in 40 Ländern vertreten, sie gilt als die bedeutendste pazifistische Frauenorganisation der Zwischenkriegszeit. Der 2. Kongress fand 1919 in Zürich statt.

Die Forderungen von 1915 lauteten:

- Selbstbestimmungsrecht der Völker
- eine Vereinigung der Nationen
- Internationale Schiedsgerichte und Mediation bei Konflikten (Neu und innovativ war z.B. der Gedanke, mittels ökonomischer Sanktionen auf einen Rechtsbrecher Druck auszuüben. Er wurde 1919 in die Völkerbund-Charta aufgenommen und ist heute selbstverständlich geworden.)
- eine demokratische Kontrolle der Aussenpolitik (anstatt Geheimverträge)
- eine allgemeine und totale Abrüstung
- Massnahmen zur Beendigung des Krieges (Eine Frauendelegation bereiste nach 1915 14 Länder, unter anderen auch die Schweiz, um für ihre Vorschläge zu werben. Die internationale Presse bedachte diese Aktivitäten mit Spott und Hohn.)
- eine Gleichberechtigung der Geschlechter, Rassen und Konfessionen (z.B. Frauenstimm- und Wahlrecht)

Wiederum Schweizer Sektion der WILPF

Im ersten Weltkrieg wurde die Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit WILPF gegründet. Die Schweizer Sektion stellte die Präsidentin Clara Ragaz und war während Jahrzehnten ein wichtiger Motor der Friedensbewegung. Nach zwei Krisen (1970er und 1990er Jahre) wurde sie jetzt erneut aktiv.

Am 19.5.2004 trafen sich in Bern Frauen aus verschiedenen Regionen, um die Schweizer Sektion wieder ins Leben zu rufen. Alt-Präsidentin Edith Ballantyne aus Genf berichtete aus ihrer langjährigen Erfahrung und zeigte auf, wie dringend nötig der Einsatz für Frieden und Gerechtigkeit ist, sei es bei der UNO oder in nationalem oder regionalem Rahmen.

Drei Mitglieder der wieder gegründeten Sektion nahmen im August am internationalen WILPF-Kongress in Göteborg teil, zusammen mit 240 Frauen aus allen Kontinenten, und berichteten darüber auf einer kürzlichen Mitgliederversammlung in Zürich.

Informationen:
www.wilpf.int.ch
www.peacewomen.org
WILPF Schweiz, Alte Landstr.85, 8800 Thalwil

Die Schweizer Sektion 1915 – 1975

Die Schweizer Sektion der WILPF (oder IFFF: Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit) gibt es bereits seit 1915. Sie bekannte sich zu den Grundsätzen des internationalen Kongresses in Den Haag. Führende Persönlichkeit war Clara Ragaz, Präsidentin von 1915 bis 1946, internati-



Der Zweite Internationale Kongress der WILPF fand 1919 in Zürich statt. Mit dabei die nachmaligen Friedensnobelpreisträgerinnen von 1931 Jane Addams und von 1946 Emily Balch (3. resp. 1. von rechts, sitzend). Foto: Swathmore College Peace collection.

onale Präsidentin auch während des Zweiten Weltkriegs. Ragaz war überzeugte Sozialistin, ab 1909 Mitglied der SP, und nahm in sozialpolitischen Fragen eine progressive Haltung ein. Das führte vor allem in den schwierigen Jahren der Weltwirtschaftskrise wiederholt zu Vorwürfen, die Liga stehe unter kommunistischem Einfluss, habe die Aufgabe, Klassenhass zu säen und der kommunistischen Revolution den Weg zu bereiten. In diesem Licht ist auch der Prozess zu verstehen, den die WILPF Schweiz wegen Ehrverletzung gegen das Zofinger Tagblatt 1934 geführt hat. Dabei ist wichtig zu erwähnen, dass Clara Ragaz und ihr Mann Leonhard der religiös-sozialen Bewegung angehörten, die sich zur Gewaltlosigkeit bekannten und einen bewaffneten Klassenkampf grundsätzlich ablehnten.

Die Schweizer Sektion zählte anfänglich vier, 1934 bereits 14 Ortsgruppen mit total etwa 600 Mitgliedern. Während des 2. Weltkriegs lichten sich ihre Reihen, 1941 gab es noch sieben Gruppen. Der Mitglieder-schwund ging weiter und 1975 wurde die Auflösung der Sektion an ihrer 57. Jahresversammlung mit 15 Stimmen und einer Enthaltung gut geheissen.

Schwerpunkte

Aus den Akten, die im Sozialarchiv aufbewahrt werden, lässt sich die wechselhafte Geschichte der Liga, aber auch ein Stück Schweizer Sozialgeschichte ablesen. Da erfährt man etwa, dass 1936 ein Abendessen 1.50 und eine Übernachtung im Hotel 3.–, 1951 aber bereits zwischen 5 und 7 Franken gekostet haben. Interessant wäre auch eine Analyse der umfangreichen Korrespondenz von Clara Ragaz, die konsequent und direkt auf Missstände hinweist und gleichzeitig als Pfarrfrau den Moralfinger hebt. Die Korrespondenz, die Clara Ragaz führte, widerspiegelt aber vor allem viele wichtige Themen und Ereignisse der Schweiz in der Zwischenkriegszeit.

Am 15. März 1921 gelangte die Liga mit einer Eingabe zugunsten der Schaffung eines Zivildienstes an den

Bundesrat und 1922 mit einer Petition und 40'000 Unterschriften an die Bundesversammlung.

Das grösste Unternehmen jener Zeit war wahrscheinlich die Unterschriftensammlung für eine allgemeine und totale Abrüstung aus den Jahren 1932/33. Als Anliegen der Weltöffentlichkeit wurden dem Völkerbundsrat 12 Millionen Unterschriften überreicht, von denen weltweit 8,3 Millionen von der WILPF gesammelt worden waren. Der Schweizer Zweig hatte mit 321 423 prozentual die höchste Unterschriftenzahl aller Länder erreicht! Dabei ist noch zu erwähnen, dass die Petition in der Schweiz von Presse, Kirchen und Parteien fast

ausnahmslos übergangen oder gar bekämpft worden war: von links als «Machwerk bürgerlicher Tanten», von rechts als «bolschewistisch, familienzerstörend und staatszersetzend».

Beispiele der politischen Kleinarbeit: Ein Brief von Clara Ragaz z.B. befasst sich mit den Ereignissen von 1932 in Genf, als Rekruten und Maschinengewehre gegen eine Arbeiterdemonstration eingesetzt und dabei 12 Demonstrierende getötet wurden. In anderen geht es um die Unterstützung einer «Initiative gegen die private Rüstungsindustrie» oder Themen rund um den Völkerbund. In einem Schreiben vom 25. Oktober 1938 an Bundesrat Baumann drückt die Schweizer Sektion ihren Protest gegen den sogenannten Judenstempel in deutschen Reisepässen aus. Am 22. September 1939 klärt sie die Präsidentinnen der schweizerischen Frauenorganisationen über die Position der Liga bezüglich Rüstung, Abrüstung und Krieg auf; am 19. Februar 1940 tritt sie in einem Brief an die Parlamentarier für Presse- und Redefreiheit ein und 1942 sind die Lebensbedingungen der Flüchtlinge ein prioritäres Thema. Ab 1943 geht es bereits wieder darum, wie eine Friedensordnung nach dem Krieg aussehen kann und soll.

In den 1950er Jahren, mit Helene Stäheli als Präsidentin, sind die UNO und die Atombombe wichtige Themen. Am 13. Juli 1964 geht es um einen Friedenstag an der Expo in Lausanne, und kurze Zeit später wird der Sorge bezüglich des Vietnamkrieges Ausdruck gegeben.

Wiedergründungen 1984/2004

In den 1980er Jahren wehrte die Welt sich gegen die Stationierung von NATO-Atomraketen in Westeuropa. Nach der legendären Demonstration in Bern am 5.11.1983 (40 000 Teilnehmende) war die Wiedergründung der Schweizer WILPF-Sektion fällig (März 1984). Sie hatte um die 50 Mitglieder, die mit Elan Unterschriften sammelten, Briefe schrieben, ein Gespräch im Bundeshaus führten, Anstoss zu einer nationalen Demonstration zum Gipfeltreffen Reagan-

Gorbatschow gaben (Genf, 16.11.85) und gemeinsame nationale und internationale Aktionen mit andern Sektionen und Friedensorganisationen durchführten.

1990 wurde der Kalte Krieg für beendet erklärt. Viele Engagierte verabschiedeten sich aus der Friedensbewegung. Doch auf den kalten Krieg folgte der heisse: der Golfkrieg 1991. Unter dem Slogan «Kein Blut für Oel» fanden sich alle wieder auf Zürichs Strassen.

Den Balkankriegen in den 1990er Jahren stand die Friedensbewegung weitgehend ratlos gegenüber. Die Erkenntnis, dass der Ursprung dieses «Bürgerkrieges» in der Anerkennung Kroatiens durch die Bundesrepublik Deutschland lag, war sehr schwer zu vermitteln, wurde sie doch von Regierungen und Medien geflissentlich vertuscht.

Noch raffinierter wurde von der NATO der Angriff auf Belgrad 1999 eingefädelt, nämlich durch das geheime Zusatzabkommen von Ram-

Kenias Friedensnobelpreisträgerin Wangari Maathai

Elefantenhaut

Ihr Name steht wie kein anderer für die afrikanische Umweltbewegung: Wangari Maathai. Als erste Afrikanerin überhaupt erhält die 64-Jährige nun den Friedensnobelpreis, denn neben der Umwelt machte sie sich auch um die Menschenrechte in ihrem Heimatland Kenia verdient.

Von Martin Ling

Erste zu sein, ist ihr nicht fremd. Wangari Maathai, die in den USA studierte, war die erste Frau, die an der Universität von Nairobi eine Professur erhielt. Die promovierte Biologin ist die erste grüne Politikerin Afrikas, die den Sprung in eine Regierung geschafft hat. Und nun die Krönung: 20 Jahre nach dem Alternativen Nobelpreis erhält sie den konventionellen Friedensnobelpreis – als erste Afrikanerin in der Geschichte.

Geschichte schreibt sie spätestens seit 1977. In jenem Jahr pflanzte sie am Tag der Umwelt sieben Bäume in ihrem Garten und gründete dann das «Green Belt Movement», die Grüngürtel-Bewegung. Seitdem wächst der grüne Gürtel nicht nur in Kenia. Das Aufforstungsprojekt ist inzwischen in 30 weiteren Ländern zu Hause. Weit mehr als 30 Millionen Bäume wurden seitdem gepflanzt, um dem Raubbau an der Natur und der Erosion etwas entgegenzusetzen. Ob das reicht? Maathai ist sich da selbst nicht sicher: «Eines Tages, da bin ich sicher, werden wir gewinnen. Ich hoffe, dass es dann nicht schon zu spät sein wird.»

Inzwischen sitzt Wangari Maathai am Lenkrad und nicht mehr auf dem Beifahrersitz, wie sie in einem Interview mit dem «ND» am 11.Mai diesen Jahres ihren Wechsel von der Umweltbewegung in die Regierung Kenias beschrieb. Der Vorteil: «Ich kann direkt Einfluss nehmen und immer sagen: Ihr habt dieses oder jenes zugesagt, nun müsst ihr auch dafür sorgen, dass ihr eure Versprechen in die Tat umsetzt.»

Versprechen hat die Regierung von Mwai Kibaki viele gemacht, als sie Anfang 2003 antrat: kostenfreie Bildung für alle, Kampf der Korruption, der Armut und des Personenkults. Das erste und das letzte Versprechen wurden bereits erfüllt, beim Kampf gegen Korruption und Armut sieht es weniger rosig aus. Aber immerhin hat Kenia mit friedlichen Mitteln die Ära des 24 Jahre autoritär regierenden Daniel arap Moi abgeschüttelt.

Maathai leistete ihren Beitrag. Auf die von der Moi-Regierung geschürten ethnischen Unruhen der 90er Jahre reagierte sie erfolgreich mit einem eigenen Programm zur Konfliktbewältigung zwischen ethnischen

bouillet. Ein grosser Teil der Friedensbewegung liess sich durch die ausgeklügelte Parole «Lieber Krieg als Faschismus» verführen. Die WILPF blieb Rufer in der Wüste, die Schweizer Sektion löste sich auf, nur einzelne Mitglieder arbeiteten weiter mit dem internationalen Büro in Genf zusammen.

Dass die Schweizer Sektion, angesichts der beängstigenden Missachtung von Völkerrecht und Menschenrechten, am 19.Mai 2004 wieder aktiv geworden ist (siehe Kasten auf dieser Seite), lässt hoffen.

Quellen

Veronika Marxer: Die pazifistische-antimilitaristische Bewegung in der Schweiz mit besonderer Berücksichtigung der Gewaltlosigkeitsdiskussion 1918-1939. Lizentiatsarbeit Zürich 1984.

Brief von Clara Ragaz an den Bundesrat, 19.11.1932. (im Sozialarchiv Zürich)

Brief von Clara Ragaz ans Parlament, 26.1.1938. (im Sozialarchiv Zürich)

Gruppen des Rift Valley, einer Hochburg der Opposition gegen Moi und Hauptschauplatz der blutigen Auseinandersetzungen mit mehreren hundert Toten.

Insgesamt wurde Maathai in der Ära Moi zwölf Mal festgenommen und einmal gar von Sicherheitskräften krankenhausreif geschlagen. Einschüchtern liess sie sich nicht. «Glücklicherweise habe ich eine eben so dicke Haut wie Elefanten. Je mehr sie mich misshandelten, schlecht und lächerlich machten, desto entschlossener kämpfte ich.»

Kämpfen war sie als allein erziehende Mutter dreier Kinder gewohnt. Ihr Mann, ein früherer Parlamentarier liess sich scheiden. Die offiziellen Gründe: Die Frau war «zu gebildet, zu stark, zu erfolgreich, zu störrisch und zu schwer zu kontrollieren.» Eine Auffassung, die Daniel arap Moi sicher zu teilen pflegt. Die Grüngürtel-Bewegung wurde immer stärker und schwerer zu kontrollieren. Allein in Kenia gehören ihr mehr als 6000 Frauengruppen an. Je einflussreicher ihre Bewegung wurde, desto schwieriger wurde die Lage für Maathai. Das Regime inhaftierte sie 1991. Im Gefängnis wurde sie misshandelt. Nach einer Briefkampagne von Amnesty International liessen sie die kenianischen Behörden wieder frei. Ihre politische Arbeit setzte sie anschliessend fort. Als Vorsitzende des Nationalen Frauenrates stritt sie für Frauenrechte. Ihre Forderung: Frauen müssen sich gleichberechtigt entwickeln, entfalten und einbringen können. Es kann nicht sein, dass Frauen arbeiten, aber keine Kredite kriegen und nicht wertgeschätzt werden.

In die formale Politik begab sich Maathai spät. 1997 bewarb sie sich gegen Moi als kenianische Präsidentin und verlor. Den Sprung ins Parlament schaffte Maathai erst, als die Oppositionsbewegung 2002 die Wahlen gewann. Der neue Präsident Mwai Kibaki ernannte sie daraufhin zur stellvertretenden Umweltministerin. Ihre Kampfeslust hat Wangari Maathai dadurch nicht eingebüsst. Noch vor wenigen Tagen forderte sie eine gerechte Landpolitik in Kenia. Um dieses in der Regierung umstrittene Ziel zu erreichen, so Maathai, sei sie bereit, notfalls ihr Regierungsamt zu verlieren. (Quelle: ND)



Postkartenaktion des Christlichen Friedensdienstes zur UNO-Resolution 1325 (siehe Rückseite)

Was soll vertuscht werden?

Zwangsverteidiger für Milosevic

Von Klaus v. Raussendorff

Seit Prozessbeginn im Februar 2004 hat Slobodan Milosevic sich vor dem Internationalen Straftribunal für das ehemalige Jugoslawien (ICTY) während der über zwei Jahre dauernden Phase des Vortrags der Ankläger als sein eigener Anwalt selbst verteidigt. Er hat an fast 300 Verhandlungstagen an die 300 Zeugen der Anklage ins Kreuzverhör genommen. Er ist mit 500 000 Dokumentenseiten und 30 000 Seiten Verhandlungsprotokoll konfrontiert gewesen.

Angeklagter entrechtet

Am 31. August und 1. September begann nun die Phase seiner Verteidigung, die er mit einer etwa vierstündigen Erklärung eröffnete. Worauf

unmittelbar danach, am 2. September das Tribunal entschied, ihn seines Rechts auf persönliche Verteidigung zu berauben. Künftig soll er durch zwei britische Anwälte «vertreten» werden. Zu deren «Pflichten», soll es gehören zu entscheiden, wie der Sachverhalt darzustellen ist. Sie sollen Zeugen vorführen und befragen, die sie (!) für angebracht halten. Ihnen obliegt auch das «Bemühen», von dem Angeklagten Instruktionen einzuholen und «seine Ansichten zu berücksichtigen, wobei ihr Recht gewahrt bleibt, zu entscheiden, wie zu verfahren ist.» Die Anwälte haben Rechte. Der «Angeklagte» hat lediglich «Ansichten». Diese können von den Zwangsverteidigern berücksichtigt werden. Aber er lehnt diese ab und weigert sich, sie zu instruieren. Selbstverständlich haben diese Zwangsverteidiger auch Milosevics Zeugen nicht vorher interviewt. Sie kennen die zu erwartenden Aussagen nicht. Sie wissen nicht, welche Fragen ihnen zu stellen sind.

Vorwand Erschöpfung

Milosevic sei «nicht gesund genug, sich selbst zu verteidigen», befanden die Richter. Dazu hatte Milosevic, der erholt und voll präsent wirkte, am Vortag gesagt, er leide seit zehn Jahren unter Bluthochdruck. Natürlich führe die «Dynamik» dieser Art von Anklage bei ihm zu Erschöpfung und höherem Blutdruck. Das sei bei jeder Arbeit so. Einem Kranken sein Recht auf Selbstverteidigung zu nehmen, sei jedoch unanständig. «Wenn ein langsames Verhandlungstempo notwendig ist, um seine Gesundheit zu schützen, oder wenn eine weitere von ihm zu leistende Anstrengung nun seine Gesundheit beeinträchtigen könnten,» so Ramsey Clark, der ehemalige Justizminister der USA und Ko-Vorsitzende des Internationalen Komitees für die Verteidigung von Slobodan Milosevic, «dann ist die einzig statthafte Vorgehensweise die, dass man einen Zeitplan einhält, der seinem Recht, sich persönlich zu verteidigen, und seiner Fähigkeit, dies zu tun, Rechnung trägt. Leben, Wahrheit und Gerechtigkeit sind wichtiger als Zeitpläne von Gerichten und Eisenbahnen.»

Furchtbare Juristen

Bei den beiden Zwangsverteidigern handelt es sich um die Briten Steven Kay und dessen Tochter Gillian Higgins. Gegen den Willen von Milosevic waren beide bereits während der Phase der Anklage als so genannte

«Freunde des Gerichts» tätig. Man könne nicht zwei Herren dienen, meint Ramsey Clark. Sie befinden sich nun nach Meinung der kanadische Anwältin Dickson in einem offenkundigen Interessenkonflikt, der in ihrem Heimatland als professioneller Hinderungsgrund («professional embarrassment») gilt. Kaum eine Woche zuvor hätten sich beide noch gegen die Bestellung eines Zwangsverteidigers ausgesprochen. Der serbische Anwalt Tapuskovic, der früher ebenfalls zu den Freunden des Gerichts gehörte, hatte es abgelehnt als Zwangsverteidiger bestellt zu werden, weil dies nicht nur gegen internationales Recht sondern selbst gegen die Verfahrensordnung des Tribunals verstosse.

Über 90 Anwälte und Rechtswissenschaftler aus 17 Ländern hatten Wochen zuvor eine Petition beim UN-Sicherheitsrat eingereicht, in der sie warnten, dass die vorgesehene Bestellung eines Zwangsverteidigers das international garantierte Menschenrecht verletzt, sich selbst vor Gericht zu verteidigen. Aus dieser Petition vorzulesen wurde Slobodan Milosevic in der Verhandlung übrigens nicht gestattet. Mit der Entscheidung der Kammer ist nach Meinung des Präsidenten der International Progress Organisation, Prof. Hans Koechler, Wien, erneut bewiesen, dass das Tribunal kein Gerichtshof ist sondern ein politisches Unterfangen, das die Sache der internationalen Gerichtsbarkeit weiter unterminiert.

Präjudiz für Saddam?

Durch den früheren Rechtsberater des State Department und Jura-Professor Michael P. Scharf wurde in der Washington Post (v. 29. Aug. 04) öffentlich signalisiert, was die Herren des Tribunals in Washington von ihren «Richtern» erwarteten, und worum es wirklich ging: «Wenn das Tribunal entscheidet, dass Milosevic immer noch das Recht hat, sich selbst zu vertreten, wird dies als Präzedenzfall auf andere internationale Fälle wirken. Saddam Hussein... würde argumentieren können, dass auch er ein Recht habe, sich vor dem irakischen Sondergericht selbst zu verteidigen. Wenn Hussein gestattet würde, ...die einzigartige Gelegenheit der Selbstverteidigung zu nutzen, um die Legitimität des Verfahrens und die US-Invasion im Irak täglich anzugreifen...würde dies Hussein und seine Mitarbeiter in Märtyrer verwandeln und die gewaltsame Opposition gegen die neue irakische Regierung schüren.»

Das Internationale Tribunal für das ehemalige Jugoslawien wurde nicht nur in Verletzung des internationalen Rechts und in Verstoss gegen die Grundprinzipien der UN-Charta geschaffen. Es erhebt nach Meinung des kanadischen Anwalts Christopher Black auch falsche Anklagen, verhaf-

tet ohne legale Ermächtigung, führt so genannte «Prozesse» in Verletzung internationalen und nationalen Rechts und allgemeiner Standards der Rechtspflege. «Es dient als Waffe, mit der die Vereinigten Staaten und ihre Alliierten versuchen, das fundamentale Prinzip der Souveränität der Staaten zu zerstören, welches die wesentliche Basis der Selbstbestimmung der Völker und der Demokratie ist, und für das die Alliierten des II. Weltkriegs gegen die Faschisten Deutschlands, Italiens und Japans gekämpft haben.»

Milosevic im Gegenangriff

Slobodan Milosevics Eröffnungserklärung hatte sich mit einer «Anklage» auseinander zu setzen, für die es keine Beweise gibt und gegen die es daher auch keine Verteidigung im üblichen Sinne geben kann. Die Medien, die das nicht begreifen, weil sie die Prozessberichterstattung praktisch eingestellt haben, sobald sie merkten, dass ihre Erwartungen an den «Prozess des Jahrhunderts» nicht erfüllt wurden, fanden es daher «herausfordernd», dass Milosevic erklärte: «Die Anklage stellt eine Summe skrupelloser Manipulationen, Lügen, Rechtsverdrehung und einer ungerechten Darstellung der Geschichte dar.» Sie fanden es nicht zur Sache gehörend, dass er einleitend den öffentlichen Rahmen, in dem der Prozess stattfindet, so charakterisierte: «Über einen längeren Zeitraum wurde in der internationalen Öffentlichkeit in eindeutig politischer Absicht ein wahrheitswidriges, verzerrtes Bild von den Ereignissen im ehemaligen Jugoslawien geschaffen...Alles wurde in einseitiger Art dargestellt, um jene der Verantwortung zu entziehen, die in Wahrheit verantwortlich waren, und um die falschen Schlussfolgerungen aus dem Geschehen zu ziehen sowie auch im Bezug auf die Hintergründe des Kriegs gegen Jugoslawien.»

«In der Sackgasse» (NZZ)

Milosevic mundtot zu machen, ist der einzige Zweck der brachialen Prozessregie. Als Vorwand entpuppte sich unverzüglich, dass angeblich mit Hilfe der Zwangsverteidiger eine Verzögerung des Verfahrens vermieden würde. Die britischen Anwälte mussten eingestehen, dass Milosevic nicht mit ihnen zusammenarbeitet, dass «Bedingungen von Feindseligkeit» herrschten, dass sie von den etwa 1600 von Milosevic benannten potentiellen Zeugen nur 23 kontaktieren konnten und davon nur drei zur Aussage bereit gewesen seien. Insgesamt hätten, so die Rechtsberater von Milosevic, 265 Zeugen gegen die Entscheidung des Tribunals protestiert und stünden unter diesen Umständen nicht als Zeugen zur Verfügung. So schrieb der ehemalige für den Balkan zuständige Abteilungsleiter im US-Aussenministerium George Kenney in einem Brief, den Milosevic verlas:«Ich glaubte seinerzeit und glaube weiterhin, dass Sie unschuldig sind, was alle Beschuldigungen der Anklageschrift des Tribunals betrifft. Doch in Anbetracht des Umstands, dass das Tribunal es für angebracht hielt, Ihnen Ihr grundlegendes Recht zu nehmen, sich als Ihr eigener Verteidiger zu vertreten, ist das Verfahren inhärent unfair und zu nicht mehr als einem politischen Schauprozess ohne gültige rechtmässige Legitimation geworden.» Und der ehemalige kanadische Botschafter in Jugoslawien James Bissett erklärte: «Ich möchte nicht an dieser Travestie der Justiz teilnehmen.» Im gleichen Sinne lehnten auch der russische Parlamentarier Nikolai Rischkow, eine Gruppe von fünf französischen Zeugen und eine Gruppe von 30 montenegrinischen Zeugen ihre Teilnahme ab.

Die beiden britischen Anwälte versuchten, aus der «Sackgasse» (NZZ) heraus zukommen, indem sie bean-

tragten, Präsident Milosevic erneut darauf hin untersuchen zu lassen, ob er sich nicht doch selbst verteidigen kann, oder Milosevic zu gestatten, die Zeugen als erster zu befragen, oder das Verfahren bis zur Berufungsentscheidung über den Protest von Milosevic auszusetzen. Doch die Richter gingen darauf nicht ein. Diese Richter, die Milosevic die notwendige Zeit der Vorbereitung seiner Verteidigung verweigert hatten, ordneten nun eine Verhandlungspause bis 12. Oktober an – um den Zwangsverteidigern mehr Zeit zur Vorbereitung zu geben.

In Kürze

1000 Frauen für den Friedensnobelpreis

Im kommenden Jahr sollen 1000 Frauen gemeinsam für den Friedensnobelpreis vorgeschlagen werden, denn sie sind es, die in allen Kontinenten trotz Krieg und Terror, trotz Hunger und Perspektivenlosigkeit das menschliche Überleben organisieren. Überall kämpfen Frauen um Chancen für ihre Kinder und für ein menschenwürdiges Leben.

Die Idee stammt von SP-Nationalrätin Ruth-Gaby Vermot, «die als Mitglied des Europarates immer wieder jenen Frauen begegnet, die sich ohne Rücksicht auf ihre eigene Sicherheit mit grossem Engagement für Frieden und Menschenwürde einsetzen», wie es in einer Mitteilung der SP des Kantons Bern heisst. Weitere Infos und Materialien bei swisspeace, Postfach, 3000 Bern 7, Tel. 031 330 10 85, oder bei www.1000peacewoman.org.

Agent Orange

Im Vietnam-Krieg wurden von den US-Streitkräften tonnenweise chemische Substanzen über Vietnam eingesetzt, deren verheerende Folgen bis in die Gegenwart nachwirken. Am bekanntesten ist dabei der dioxinhaltige sog. «Agent Orange», von dessen Langzeitwirkung noch heute über drei Millionen Menschen betroffen sind.

Erstmals haben nun drei Opfer in den USA eine zivilrechtliche Klage eingereicht. Ihre Dokumente wurden bei einem New Yorker Gericht im Namen all jener deponiert, die durch die chemischen Substanzen der US-Armee während des Vietnam-Krieges geschädigt worden sind. Angeklagt sind insbesondere auch die Unternehmen, welche die ungeheuerlichen Substanzen entwickelt und hergestellt haben.

Bereits haben sich 100 weitere Opfer der Klage angeschlossen. Gleichzeitig wird mit einer Petition an die Regierung der USA und die betroffenen Unternehmen Druck aufgesetzt, «ihre Verantwortung für die Schäden, die Ihr Handeln und Ihre Produkte verursacht haben, wahrzunehmen und die Opfer voll zu entschädigen». Die Petition, die bereits über 620 000 Unterschriften trägt, kann Online unterzeichnet werden bei:

www.petitiononline.com/aovn/petition.html



15-jähriges Opfer eines Krieges, der längst zu Ende ist: Thai Thi Nga gehört zu den 150 000 Kindern und Jugendlichen Vietnams, die noch immer unter den Folgen des verbrecherischen «Agent Orange» leiden. Foto AFP

Anmerkung der Redaktion

Der Nachdruck eines Artikels aus der angesehenen britischen Zeitung «The Guardian» zum Prozess gegen den früheren jugoslawischen Präsidenten Milosevic in der vorletzten «UW» hat uns einige betroffene Briefe beschert von Leserinnen und Lesern, die vor allem nicht befragen konnten, dass wir den Spendeaufruf eines deutschen Komitees abdruckten, welches für eine faire Prozessführung gegen Milosevic eintritt.

Wir wiederholen den Spendeaufruf nicht mehr. Hingegen scheint es uns – wie immer auch man zur Person von Milosevic steht – nur recht und billig, auf Ungereimtheiten des Internationalen Straftribunals hinzuweisen, zumal mit der Anklägerin Carla del Ponte eine Schweizerin darin eine wichtige Rolle spielt. Diese Ungereimtheiten lassen in ihrer Häufigkeit aufhören und die Frage ist erlaubt, was denn da alles vertuscht werden soll. Es muss Aufgabe einer Zeitung wie der «UW» sein, derartigen Fragen nachzugehen.

Der Autor des vorliegenden Artikels, Klaus von Raussendorff, ist ehemaliger deutscher Staatssekretär und war auch bereits einmal Gast auf einer Tagung der Schweizerischen Friedensbewegung.

Bashir Gobdon, somalischer Kriegsflüchtling in der Schweiz

Hoffnung auf neue Regierung

Heinrich Frei hat für uns mit Bashir Gobdon gesprochen, einem somalischen Kriegsflüchtling, der seit 16 Jahren in der Schweiz lebt und eng verbunden ist mit dem Hilfswerk, das die unvergessene Vre Karrer bis zu ihrem gewaltsamen Tod 2002 geführt hat (siehe auch Buchbesprechung auf dieser Seite).

Von Heinrich Frei

UW: Immer wird gibt es beunruhigende Berichte aus Somalia. Die Friedensgespräche in Kenia, die Bemühungen ein Parlament, eine Regierung zu bilden sollen jedoch erfolgreich verlaufen?

B. Gobdon: Seit 1992 steht Somalia in einem Bürgerkrieg. Das Land steckt im Elend, im Hunger. Seit die Amerikaner und die UNO sich 1993 aus Somalia zurückgezogen haben, ist Somalia in den Medien kein Thema mehr. Es fehlte in den letzten Jahren die Unterstützung der Weltgemeinschaft, von Hilfswerken. Die meisten UNO-Mitarbeiter haben ihr Hauptquartier heute in Nairobi. Kein einziger Fremder ist in Somalia.

Wir haben aber neue Hoffnung geschöpft, denn die Somalier wissen heute was ein Krieg mit diesen Stammesfehden heisst. Der Bürgerkrieg hat dem Land nur Verluste an Menschenleben gebracht, traumatisierte,

Meine Frau habe ich hier kennen gelernt. Ich bin Vater von drei Kindern. Ich arbeite hier. Ich bin auch im somalischen Kulturverein tätig. Dieser Verein macht somalische Sendungen im Radio Lora, organisiert Unterricht in somalischer Muttersprache für Kinder, organisiert Feste. Wir betreuen auch Jugendliche die durch den Krieg traumatisiert wurden, organisieren Sport für Kinder und Ferienlager. Eigentlich lebe ich hier recht gut, aber am Anfang war es für mich sehr schwierig. Ich war der erste Somalier hier als Flüchtling.

UW: Wurden Sie hier in der Schweiz gut aufgenommen? War das Asylverfahren kompliziert?

Gobdon: Es war sehr kompliziert. Die Schweiz ist immer noch kein Einwanderungsland. Man vergleicht uns mit Osteuropäern die hier Arbeit gesucht haben. Man akzeptiert die Afrikaner nicht die vor dem Krieg geflüchtet sind. Mein Anerkennungsverfahren hat acht Jahre gedauert. Ich

zerische und somalische Nachrichten und Informationen. Ein Teil der Sendezeit wird auch offenen Diskussionen gewidmet. Wir leben ja hier in zwei Kulturen, der somalischen, und der Schweizerischen, die die Kinder hier kennen lernen. Wir lernen, wie mit diesen beiden Kulturen umzugehen ist. Wir informieren auch wie das Schulsystem hier funktioniert, dass ganz anders ist als in Somalia. Wir motivieren zur Teilnahme an Elternabenden in den Schulen. Wir haben eine Zusammenarbeit mit verschiedenen Schulkreisen. Manchmal berichten wir dort über Somalia. Viele Lehrer sind daran sehr interessiert. Die afrikanische Kultur ist ja hier ganz fremd.

UW: Was ist den so verschieden beim somalischen Schulsystem?

Gobdon: In der Schweiz haben wir kleine Klassen, es gibt Schulen für Behinderte, es gibt die verschiedensten Schulen. In Somalia sind alle Schüler in einer Klasse, ob sie intelligent sind oder nicht, ob behindert oder nicht. Alle werden miteinander unterrichtet, und die Kinder profitieren davon. Hier hören wir: Die Kinder seien behindert, sprachbehindert, man sagt: «Er ist körperbehindert, er muss in eine Kleinklasse gehen». Viele Eltern akzeptieren dies nicht, weil sie in Somalia ein anderes Schulsystem hatten. Viele somalische Familien hat das beunruhigt.

Das ist für uns, für unsere Familien, ein grosses Problem. Die Kinder müssen z.B. zum Psychiater. Das ist ein Schock, sie sagen: «Meine Kinder sind nicht dumm, warum müssen sie zum Psychiater?» Einige haben das Land verlassen, nur aus diesem Grund. Sie akzeptierten dies nicht. Sie sagen: «Ich habe den Krieg erlebt, und jetzt wollen sie meine Kinder hier isolieren.»

UW: Sind diese Familien wieder zurück nach Somalia?

Gobdon: Nein, sie sind in andere Länder gegangen, nach England, nach Skandinavien, in Staaten mit anderen Sozialsystemen.

UW: Haben die Somalier hier Arbeit?

Gobdon: Für diejenigen die eine vorläufige Aufnahme haben, die alleine leben, ist es möglich Arbeit zu bekommen. Viele Familien haben Probleme mit der Arbeit, doch die meisten haben eine Stelle. Die Beschäftigung ist jedoch nicht gesichert. Mit dem vorläufigen Aufnahmestatus ist dies einfach problematisch. Vorläufig heisst zwei, drei Jahre, aber wir leben schon acht Jahre lang «vorläufig» hier. Dies ist schwierig. Das gibt kein Vertrauen. Wie lebe ich «vorläufig» hier? Du lebst so lange hier, aber immer noch «vorläufig». Du bleibst immer «vorläufig», Du lebst immer «vorläufig», aber du bleibst hier. Das ist schwierig, du lebst «vorläufig» und trotzdem lebst du in dieser Gesellschaft, in der die Regierung, die Gemeinde, die Kantone fordern man müsse Ausländer integrieren. Aber wie kann man sich integrieren, wenn man hier «vorläufig» lebt? In der Schweiz leben fast 5 000 Somalier. Die Mehrheit ist hier nur so genannt «vorläufig» aufgenommen.

Das Werk von Vre Karrer fortsetzen

UW: Sie sind auch im Vorstand des Fördervereins Neue Wege in Somalia tätig, der die Weiterführung des Werkes unterstützt, das von Vre Karrer in Ihrer Heimat aufgebaut worden war?

Gobdon: Als wir im Februar 2002 hörten, dass Vre Karrer in Somalia ermordet worden war, waren wir alle sehr betroffen und schämten uns auch. Wir kannten Vre Karrer seit neun Jahren. Wenn sie jeweils in die Schweiz



Jenny Heeb, Präsidentin des von Vre Karrer gegründeten Fördervereins «Neue Wege in Somalia» und zwei Mitarbeiterinnen von New Ways (Neue Wege) in Merka. Foto zv.

kam, informierte sie uns wie es in Merka mit der Schule, dem Gesundheitswesen, läuft. Das letzte Mal haben wir Vre Karrer im Dezember 2001 getroffen.

Ich habe mich entschlossen, die Arbeit, die Vre Karrer begonnen hat weiter zu unterstützen. Ich habe Maya Joos, die Tochter von Vre Karrer kontaktiert, Jenny Heeb, Verena Büchli. Ich sagte, wir Somalier interessieren uns für diese Arbeit, wir unterstützen diese Arbeit, soweit dies möglich ist. Wir haben auch Kontakt aufgenommen mit den Somaliern in Merka, dort Verbindung aufgenommen, dass die Arbeit die Vre Karrer geleistet hat weitergehen kann. Mit Jenny Heeb, mit Maya Joos und dem Arzt Dr. Schubarth sind wir nach Somalia geflogen, um zu sehen wie Sache dort läuft. Ich habe geholfen Probleme, die aufgetreten sind zu lösen, denn man kann die Probleme dort nicht gleich lösen wie hier.

Ich finde es sehr gut was der «Förderverein Neue Wege in Somalia» macht: Die Unterstützung der so-

malischen Schüler und Schülerinnen, der Familien, die durch den Bürgerkrieg so grosse Verluste erlitten haben. Es fehlt jedoch immer noch etwas. Es wäre für die Jugendlichen, die die Schule abgeschlossen haben gut, nachher eine Berufslehre machen zu können. Sie besuchen die Schule und landen danach auf der Strasse, greifen zum Gewehr.

Mein Wunsch wäre auch, dass die schweizerische Regierung dem Förderverein Neue Wege Unterstützung geben würde. Auch wir somalischen Emigranten könnten einen Beitrag leisten. Die Menschen in Somalia erwarten dies.

UW: Vielen Dank für das Gespräch.

Kontaktadresse: Jenny Heeb, Greifenseestrasse 30, 8050 Zürich
Tel. 01 312 12 67; E-Mail: merka02@bluewin.ch
Spendenkonto: Hilfe für Somalia, 8000 Zürich; Postcheck-Konto 80-53042-7

Buchbesprechung

«Und grüsse euch mit dem Lied des Regenvogels»

Vre Karrer hat aus Somalia, dem Land ihrer letzten neun Lebensjahre, viele Briefe in ihre alte Heimat geschrieben: an Bekannte und Verwandte und an den Freundeskreis, der ihre Projektarbeit in Merka unterstützte. Einige davon wurden jeweils auch in der «UW» veröffentlicht.

Eine Auswahl dieser Briefe ist nun in einem von Elisabeth Bäschlin herausgegebenen Buch veröffentlicht worden, ergänzt mit einem Lebensbild von Vre Karrer. Ausserdem finden sich am Schluss des Buches eine Zusammenstellung der Aktivitäten der Genossenschaft New Ways (Neue Wege) in Merka und ein Überblick zu Geschichte und Gesellschaft Somalias – Informationen, die mithelfen sollen, das Umfeld, in dem die Briefe entstanden sind, verständlich zu machen.

Das Buch legt nicht nur Zeugnis ab vom Lebensabschnitt einer aussergewöhnlichen Frau, sondern führt uns auch ganz plastisch vor Augen, was es heisst, in einem Land zu leben, in dem es am Allernötigsten fehlt, in dem alle staatlichen und gesellschaftlichen Institutionen grösstenteils zusammengebrochen sind: Ein Land ohne Infrastruktur. Wir erhalten eine leise Ahnung davon, was es heisst, ständig von Hunger und Elend und Krankheiten umgeben und auf Schritt und Tritt von Personenminen bedroht zu sein. Und in solchem Chaos hat Vre Karrer dazu beigetragen, ein ganz klein wenig

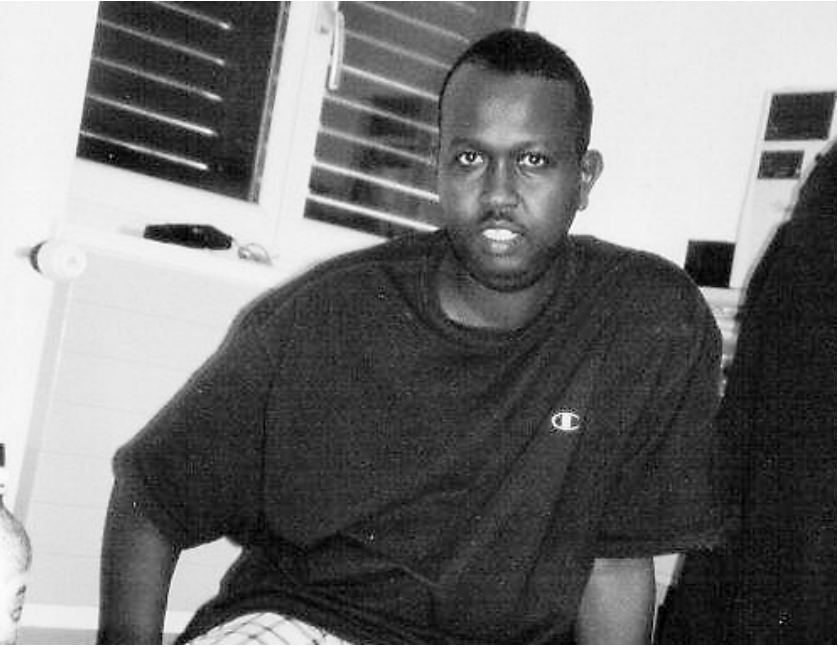
Normalität zu schaffen, schreibt Elisabeth Bäschlin im Vorwort.

Vre Karrer, Hebamme, Krankenschwester und Dozentin für Krankenpflege aus Zürich-Oerlikon wurde im Februar des Jahres 2002 im Alter von 69 Jahren in Somalia unter ungeklärten Umständen erschossen.

Sie arbeitete neun Jahren in diesem Land. Sie half Frauen bei schwierigen Geburten, pflegte kranke, verletzte und hungernde Kinder. Mit Hilfe von privaten Spenderinnen und Spendern konnte sie im Oktober 1994 das vom Krieg zerstörte Ambulatorium im Armenviertel von Merka wieder öffnen. Sehr schnell erkannte Verena Karrer, dass neben der medizinischen Hilfe auch Arbeitsplätze geschaffen werden müssen, um die Armut wirksam zu bekämpfen. Innert kurzer Zeit entstanden auf Grund ihrer Initiative eine Bauerngenossenschaft, eine Waisenschule, ein zweites Ambulatorium und anfangs 2001 wurde eine Berufsmittelschule eingeweiht. Sie holte auch herumstreunende, von Raub lebende Kindersoldaten an ihre Schule, mit dem Programm «Give the gun and get the pen» (Gib die Waffe ab und nimm die Feder).

H. Frei

Vre Karrer, Briefe aus Somalia
«Und grüsse euch mit dem Lied des Regenvogels»
Hrsg. Von Elisabeth Bäschlin, eFeF-Verlag Bern/Wettingen 2003, ISBN 3-905561-50-6; 351 S., Fr. 35.–



Bashir Gobdon lebt seit 16 Jahren in Zürich. Foto H. Frei

vergewaltigte Frauen. Wir hoffen und wünschen, dass jetzt ein neues Parlament gegründet werden kann, eine neue Regierung. Und dann hoffen wir auch, dass die Weltgemeinschaft, die Europäer, die afrikanischen Gemeinschaften, diese Regierung voll unterstützen.

Dienstverweigerer

UW: Warum sind Sie aus Somalia geflüchtet?

Gobdon: Ich war damals achtzehneinhalb Jahre alt. Das war kurz vor dem Abschluss der Schule, 1988. Nach dem Krieg gegen die Äthiopier, 1977, scheiterte die somalische Regierung und die Opposition gegen die Regierung wurde stärker. Sie verlor Schritt für Schritt an Macht, Gesamt-Somalia zu kontrollieren. 1988 kam es zu einem Krieg im heutigen Somaliland gegen die Regierung von Siyaad Barre. Die Regierung bekämpfte die Opposition in Somaliland militärisch, was misslang. Es kam zu vielen Verlusten. Die Regierung begann damals viele Studenten an die Front, in den Krieg zu schicken. Mich und viele Schulkollegen hat dies betroffen, wir sollten auch gehen. Ich war achtzehneinhalb. Ich hatte keine Ahnung gehabt was Krieg heisst und wie man Krieg führt. Meine Familie hat mich unterstützt fort zu gehen. Zuerst war ich in Kenia, in Nairobi. Dort habe ich einige Monate gelebt und bekam dann die Möglichkeit nach Italien zu reisen. Dann habe ich mich entschlossen in die Schweiz zu gehen.

1988 suchte ich in der Schweiz um Asyl nach. Seit damals lebe ich hier.

habe die Aufenthaltsbewilligung B bekommen, weil ich acht Jahre lang hier ohne Probleme gearbeitet habe, ohne dass ich straffällig wurde.

UW: Was waren ihre Arbeitsstationen?

Gobdon: Zuerst habe ich in Wädenswil im Durchgangszentrum für Flüchtlinge gewohnt, sechs Monate. Der Leiter des Durchgangszentrum, Herr Gutmann war sehr nett. Er hat mich sehr unterstützt. Ich bekam dann im Bahnhofbuffet Zürich eine Stelle, das war 1989. Dort habe ich fünf Jahre lang gearbeitet. Dann habe ich mich entschlossen einen neuen Weg zu gehen. Ich bekam eine Stelle im Blindenheim in Zürich. Seit elf Jahren arbeite ich jetzt dort. Ich habe dort als Hilfskoch gearbeitet, betreue die Blinden, übe dort die verschiedensten Tätigkeiten aus.

UW: Sie haben in Somalia das Gymnasium besucht. Hätten Sie den Wunsch noch zu studieren?

Gobdon: Heute bin ich ein Familienvater mit drei Kindern. Es ist schwierig: Ich muss arbeiten. Ich muss die Wohnung zahlen, die Krankenkasse, das ist nicht einfach. In der Zeit als ich alleine gelebt habe, wäre dies schon noch möglich gewesen. Aber ich fühle mich wohl; statt zu studieren habe ich eine Familie gegründet.

UW: Sie arbeiten auch bei Radio Lora mit. Was für Sendungen machen Sie dort?

Gobdon: Jeden Donnerstagnachmittag, von zwei bis drei, senden wir. Wir berichten über die schweizerische Asylpolitik, bringen aktuelle schwei-

ISSN 1423-6826
sfb@bluewin.ch

Unsere Welt



Vor der zerstörten Kathedrale von Hiroshima. Foto AFP/ND

Bürgermeister aus 600 Städten gegen Atomwaffen

Die Mahnung der «Mayors for Peace»

Die Welt gedachte anfangs August des Atombombenabwurfs der USA auf Hiroshima, und es wächst die Entschlossenheit, alles zu tun, damit sich eine solch grauenhafte Katastrophe nicht in unserer Zeit wiederholen kann.

Von Wolfgang Kötter

Am 6. August 1945, kurz nach acht Uhr morgens, warf ein US-amerikanischer B-29-Bomber die erste Atombombe der Menschheitsgeschichte auf die japanische Stadt Hiroshima. Drei Tage später widerfuhr der Bevölkerung von Nagasaki dasselbe Schicksal.

In jedem Jahr erinnern sich die Menschen der Opfer und fordern die völlige Beseitigung der Nuklearwaffen als einzige Garantie gegen einen erneuten Einsatz dieser Massenvernichtungswaffe. An der Spitze steht die internationale Städteinitiative «Mayors for Peace» («Bürgermeister für den Frieden»), die auf eine Anregung des Stadtoberhauptes von Hiroshima, Tadatoshi Akiba, zurückgeht und auch von seinem Amtskollegen Iccho Itoh aus Nagasaki mit getragen wird.

Völkergipfel soll Druck in New York machen

Die Organisation verabschiedete im vergangenen Herbst die Dringlichkeitskampagne «2020 Vision». Darin werden die Einwohner der mehr als 600 Mitgliedsstädte in 108 Ländern zu Aktionen für nukleare Abrüstung aufgerufen. Die über 350 Millionen Menschen repräsentierenden Bürgermeister appellieren an alle Atomwaffengegner, gemeinsam Druck auf die im kommenden Frühjahr stattfindende Überprüfungskonferenz zum Kernwaffensperrvertrag auszuüben.

Angesichts nuklearer Aufrüstungsbestrebungen und präemptiver Einsatzstrategien wird ein Zusammenbruch des wichtigsten völkerrechtlichen Damms gegen die atomare Gefahr befürchtet. Auf einem «Völkergipfel» am Konferenzort New York sollen deshalb Bürgermeister und Bürger aus aller Welt den unver-

Zeitung der Schweizerischen Friedensbewegung (SFB)

Impressum

«Unsere Welt» erscheint bis sechsmal jährlich.
Auflage: 10 000
Herausgeber: Schweiz. Friedensbewegung,
Postfach 2113, CH-4001 Basel
Tel. 061/681 03 63, Fax 061/681 76 32
Verantwortlich für Herausgabe: Martin Schwander
Redaktion: Franziska Genitsch, Marta Martin,
Louise Stebler, Martin Schwander
E-Mail: sfb@bluewin.ch
Abonnementspreis: mindestens 12 Franken.
PC: 40-1627-7
Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Satz/Layout: ComTex, 3414 Oberburg
Druck: Bubenberg Druck- und Verlags AG, Bern

Mithelfen

«Unsere Welt» erscheint seit 1978. Dies, weil die Freundinnen und Freunde der UW mit Spenden es ermöglichen und weil viele Helferinnen und Helfer bei der Verbreitung mitmachen.

Wie kann man helfen?
Indem Sie den Einzahlungsschein benützen und/oder einen Bund Zeitungen bestellen und an Ihrem Ort an Versammlungen oder in die Briefkästen verteilen.

Senden Sie mir gratis _____ Exemplare «**UNSERE WELT**».

Senden Sie diesen Talon an:
SFB, Postfach 2113, CH-4001 Basel

Name: _____

Vorname: _____

Adresse: _____

PLZ, Ort: _____

Neue weltweite Aggressionen in Sicht

Schlag auf Verdacht

Die US-Regierung hat verschiedene Studien in Auftrag gegeben hat, die alle innerhalb absehbarer Zeit von einem nuklearen Terrorangriff auf US-amerikanischem Boden ausgehen und deren Aufgabe es ist, Methoden zu entwickeln, solche Angriffe entweder zu verhindern, zu erschweren oder ganz davor abzuschrecken.

Von Rainer Rupp

Eine dieser Studien ist der bereits im Juni abgeschlossene aber erst jetzt bekannt gewordene Bericht einer Arbeitsgruppe des «Defense Science Board» (DSB-Verteidigungswissenschaftlicher Ausschuss) mit dem Titel: «Verteidigung gegen geheime Nuklearwaffenangriffe». Die Arbeitsgruppe empfiehlt der Bush-Regierung, die in ihrer Studie vorgeschlagene Initiative «ebenso so erst zu nehmen, wie die Raketenabwehr (im Weltraum, Anm. RR)».

Zur Verteidigung gegen mögliche Angriffe mit geheimen Atom- oder andere strahlenden Waffen, die in die USA eingeschmuggelt werden könnten, schlägt die DSB-Studie als wichtigstes Element den Aufbau eines weltweites Systems von Detektoren vor, die sowohl an den «Quellen» von Nuklearmaterial als auch entlang der Transportwege zum Ziel, insbesondere an allen Verkehrsknotenpunkten zu Lande, zu Wasser und in der Luft eingestzt werden und Alarm schlagen, wenn eine nukleare oder radiologische Waffe eine der «Sperrren» passiert. Diese Sperrren unterscheiden sich vom technischen Prinzip nicht sehr von jenen, die am Ausgang eines jeden Supermarktes den Diebstahl bekämpfen sollen. Nur sollen es in diesem Fall um ein «sehr grosses, vielschichtiges und verbessertes Netzwerk» aus «Hundert Tausenden von Detektoren», die «viele Milliarden Dollar» kosten. Die in den «USA und im Ausland» eingesetzten Detektoren sollen über Satelliten und sichere Internetverbindungen mit Zentralrechnern in den USA ständig in Verbindung stehen, wo «verdächtige» Bewegungen sofort registriert werden.

Damit mit Falle eines Verdachts schnell und ohne Federlesen gehandelt werden kann, folgt die DSB-Studie der Präventivkriegsdoktrin der Bush-Regierung. Zur «Verteidigung» plädiert die Studie für massive militärische Offensivschläge gegen «verdächtige» Länder weltweit. Dazu müsste das Pentagon eine Spezialtruppe «von mehreren Tausend Mann» schaffen «mit umfassenden und weit reichenden Fähigkeiten für vorwärts gerichtete Operationen zu Land, zu Wasser und in der Luft um Schläge gegen Atomwaffen zu führen». Ausdrücklich wird in diesem Zusammenhang auch das (in Friedenszeiten völkerrechtswidrige) Aufbringen von Schiffen auf hoher See genannt. Wichtiger Bestandteil der vielschichtigen Initiative ist auch der «effektive Schutz und die Kontrolle von Atomwaffen und Material weltweit». Insbesondere reflektiert diese Formulierung den Wunsch die ehemaligen taktischen Atomwaffen der Sowjetunion und deren Produktions-

stätten unter US-Kontrolle zu bringen. Zum Ende des Kalten Krieges wurde die Zahl der taktischen Atomsprengköpfe der UdSSR auf etwa 25 Tausend geschätzt. Inzwischen soll das Arsenal auf 5 bis 8 Tausend Stück abgebaut worden sein. Die genaue Zahl kennt man in Washington nicht. Die Möglichkeit, dass auch in Moskau niemand diese genaue Zahl der in fast 200, über Russland verstreuten Lagern eingemotteten Atomwaffen kennt, schürt die Angst der Amerikaner, dass die eine oder andere Waffe doch in die falsche Hände geraten könnte, insbesondere vor dem Hintergrund der andauernden Armut, Korruption und Verfalls der russischen Streitkräfte.

Auf Drängen der USA hatte sich Moskau zwar kürzlich bereit erklärt, bei einem Manöver mit US-amerikanischer Beteiligung das Sicherheitssystem eines dieser Atomwaffenlager zu testen. Aber selbst die Optimisten in Washington gehen nicht davon aus, dass Moskau seine geheimen Atomwaffenlager offen legen und den Amerikanern Kontrollmöglichkeiten einräumt wird.

In Kürze

Friedensstadt Guernica

Die UNESCO, die Weltorgansiation für Erziehung, Wissenschaft und Kultur der UNO, hat die Stadt Guernica im nordspanischen Baskenland mit dem Preis «Städte für den Frieden» ausgezeichnet.

Der UNESCO-Presi wird Guernica (baskisch: Gernika) vor allem für die Bemühungen zur Aussöhnung mit Deutschland verliehen. 1937 hatten deutsche Sturzkampfbomber die Stadt in Schutt und Asche gelegt, um den faschistischen Putsch von General Franco in Spanien zu unterstützen.

Mit dem Angriff der Flugzeuge der «Legion Condor» auf die Zivilbevölkerung begann in Europa eine neue Art der Kriegsführung. Erst 1997, 60 Jahre nach dem Überfall, hatte sich die Bundesrepublik offiziell bei der Bevölkerung entschuldigt.

Besonders hervorgehoben wurde bei der Preisverleihung die Arbeit von «Gernika gogoratuz» (Guernica in Erinnerung). Seit 13 Jahren macht sich die Organisation gemeinsam mit dem Zentrum für Friedensforschung auf verschiedensten Ebenen für Frieden und Versöhnung stark. Vor eineinhalb Jahren wurde zudem eine Stiftung für ein baskisches Friedensmuseum geschaffen.

Mit dem Preis von je 20 000 Dollar, der jedes zweite Jahr vergeben wird, wurden weitere sieben Städte ausgezeichnet. (RS/ND)

